

Wie weiter mit den Grünen und dem Grundeinkommen?

Von Robert Zion

„Mit diesem Beschluss ist auch die Diskussion über das Grundeinkommen nicht beendet – zumal sie ja in der Gesellschaft weitergeht. Die Diskussion soll weitergehen.“

Beschluss *Aufbruch zu neuer Gerechtigkeit!*
27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
von Bündnis 90/Die Grünen vom 23.-25.
November 2007 in Nürnberg.

Nach Nürnberg in der Presse

2007 ist zweifellos ein ereignisreiches Jahr für die Partei gewesen, ein Jahr der Findung, der Aufarbeitung, der schwierigen Suche nach einem glaubwürdigen Weg zwischen Bruch und Kontinuität. Dass es auch und gerade um die Glaubwürdigkeit in dieser Findungsphase nach der Regierungsbeteiligung ging, hat Michael Jäger in einem Kommentar zum Parteitag in Nürnberg im *Freitag* treffend beschrieben:

„Die Partei hat einen Weg gefunden, von Hartz IV abzurücken, ohne dass die Peinlichkeit überhand nahm. Der Weg bestand darin, dass sie nicht ‚Hartz IV ja oder nein‘ diskutierte, sondern ‚Grundsicherung oder Grundeinkommen‘. Im Rahmen dieser Frage konnten beide Seiten ohne Selbstbeschuldigung Gerhard Schröders ‚Agenda‘ anklagen.“¹

Doch neben diesem inhaltlichen Spannungsfeld zwischen Bruch und Kontinuität gibt es ein zweites, eher tiefergehendes, das mit der besonderen Rolle der Grünen im bundesdeutschen Parteienspektrum zu tun hat: das zwischen ihrer inzwischen angenommenen Rolle als „normalisierte“ Partei und ihrer ureigensten politischen Funktion als Zukunftsprojekt. Keineswegs lässt sich dieses Spannungsfeld auf eine einfache Alternative zwischen „Regierungsfähigkeit“

und „Identitätsfähigkeit“ reduzieren, wie noch Dany Cohn-Bendit² nach dem Sonderparteitag von Göttingen meinte. Denn tatsächlich hat sich mit der „Normalisierung“ der Grünen zugleich eine politische Tendenz in der Republik verstärkt, die der Parteienforscher Franz Walter beschrieben hat:

„Oppositionen sind nicht allein oder auch nur im Wesentlichen Regierungen im Wartestand bzw. auf Abruf. Denn der Ort der Opposition ist stets auch Terrain der Gegenmöglichkeit, durchaus Biotop für Ideen einer radikalen Abkehr von dem (Irr-)Weg der jeweils gegenwärtigen Regenten. Der Verlust an eigensinnigen, zuweilen auch unberechenbaren, sich querstellenden Oppositionsparteien hat rasch den Vitalitätsverlust des Parlamentarismus insgesamt zur Folge.“³

Dieser „Vitalitätsverlust des Parlamentarismus“ ist zu einem ernststen Problem der bundesdeutschen Parteiendemokratie geworden, die Abkehr von fundamentalen Irrwegen, die Formulierung grundsätzlicher Alternativen zu einer Seltenheit. Auf der anderen Seite und interessanter Weise aber sind es nach wie vor die Grünen, denen noch am ehesten eine Revitalisierung eines wirklichen politischen Willensbildungsprozesses in der Partei, Entwürfe gesellschaftlicher Gegenmöglichkeiten zugetraut werden, wie selbst die den Grünen nicht gerade nahestehende *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* nach Nürnberg anmerkte:

„Andererseits sind die Grünen nur überflüssig, wenn sie so sind wie all die anderen. Die Partei hat ja längst ihre Unschuld verloren; als sie in der Regierung Hartz IV zustimmte und Kampfeinsätzen der Bundeswehr; als das angeblich einzig Machbare zum alleinigen Maßstab wurde und Utopien über Bord mussten; als Posten wichtiger wurden als Ideale. Wo finden Menschen heute eine Heimat, die sich noch eine andere Welt vorstellen können als die der Bushs und Börsenkurse. Wo sind die Querdenker? Eine

solche Partei fehlt wahrlich in Deutschland. Die Grünen könnten (wieder) so eine Partei werden.“⁴

Die berechtigten Fragen nach den neuen Querdenkern, nach Vorstellungen einer anderen Welt und nach einer politischen Heimat für Menschen, die sich Alternativen zum gegenwärtigen politischen Normalverzug vorstellen können, stehen sicherlich in engem Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen und neuen politischen Projekten, die die Fehlentwicklungen und Sackgassen der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht leugnen oder beiseite schieben. Dabei sollte gerade für die Grünen nach wie vor gelten: *think big*, sowohl in der Selbstdefinition der eigenen Rolle im Parteienspektrum als auch in den gesellschaftlichen Veränderungsansprüchen. Doch hat sich gerade dies für die Partei zu einem Problem entwickelt, wie noch Monika Kappus vor kurzem in der *Frankfurter Rundschau* betonte:

„Geht es doch darum, wie viel Utopie sich die Grünen leisten. Darum, ob sie sich, von der Macht verführt, auch in der Opposition bloß noch koalitionskonforme Aussagen erlauben. Wer, wie Tübingens OB Boris Palmer, nur ins Programm schreiben will, was sich zur Not in 30 Sekunden erklären lässt, gibt die Grünen auf. Sind sie doch groß geworden, indem sie den Grundgesetzauftrag, als Partei zur politischen Willensbildung beizutragen, fantastisch ausgefüllt haben. Wenn eine konservative Kanzlerin heute mit Klimaschutz-Parolen punkten und die SPD sich mit ihrem Nein zur Atomkraft profilieren kann, dann dürfen sie sich bei den Grünen bedanken. Die haben die Basis dafür gelegt, dass Außenseiter-Themen von einst heute mehrheitsfähig sind. Die Einsicht in utopische Notwendigkeiten macht grüne Identität aus. Eine Führung, die weit in die Zukunft gerichtete Diskurse systematisch kleinredet, schadet den Grünen. Grüne, die sich das gefallen lassen - auch weil sie keine Alternative zu dieser Führung sehen -, müssen sich dringend nach personellen Alternativen umsehen.“⁵

Und was dann genau das gegenwärtige Problem im Kern ausmacht, hat niemand ehrlicher und präziser beschrieben als Antje Vollmer:

„Für das Projekt unserer Real-Politisierung, für das Projekt unserer Normalisierung als Regierungspartei hatten wir Grünen zwar allgemeinen Applaus von außen, aber keine leidenschaftlichen Mitakteure in der Gesellschaft. Das hat man doch mit großem Abstand gesehen. Zur selben Zeit, in der man uns nachsagte, ‚Ihr habt euch endlich, endlich normalisiert‘ sind wir eigentlich aus dem engeren Identifikationskreis, aus der Herzkammer der Republik weiter entfernt worden. Ich sage das nicht ohne Trauer.“⁶

Können die Grünen in die Herzkammer der Republik zurückkehren? In Nürnberg jedenfalls hat sich die von Monika Kappus erwähnte „Führung“ beinahe geschlossen gegen eine aus der Basis und der Herzkammer der Republik initiierte „utopische Notwendigkeit“ gestellt. Doch offenbarte der Pyrrhussieg dieser „Führung“ in Nürnberg eine gefährliche Unbeweglichkeit und eklatante Mängel in der strategischen Neuaufstellung und gesellschaftlichen Durchdringungstiefe in der Parteispitze. Denn, wohin führt uns der Beschluss zur Sozialpolitik von Nürnberg eigentlich? Zwar titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* danach: „Das geenterte Schiff nimmt Kurs nach links“⁷, doch wurde damit nicht nur die entscheidende Auseinandersetzung mit den falschen Analysen und Lösungsansätzen des *new labour*-Kurses Schröders und Fischers umschifft und die programmatische Abhängigkeit von der Sozialdemokratie immer noch nicht überwunden, die Partei hat sich zudem in eine gefährliche inhaltliche Nähe zur Linkspartei begeben. Denn es ist DIE LINKE, deren Vertreter zur Zeit in den Talkrunden die Opposition mit einfachen, weil bekannten Antworten geben. So hat sich die grüne Parteiführung in Nürnberg von einer allgemeinen Welle in der Republik⁸ zum Naheliegenden treiben lassen, anstatt

selbst zur treibenden Kraft eines in der Partei entstandenen neuen und in die Zukunft gerichteten Diskurses zu werden.

Wenn die Sachfrage zur Machtfrage umgebogen und die strategische Neuaufstellung der Partei auf Parteitagsstrategie reduziert wird, bekommt eine Zukunftspartei zweifellos ein ernsthaftes Problem mit ihrer Zukunft. Probleme über Probleme? Doch ist die Krisenfähigkeit der Grünen immer auch Zeichen ihrer Politikfähigkeit und Legitimierung gewesen, gerade weil die Partei hierdurch stets zur Politisierung und Konkretisierung von in der Gesellschaft schwelenden Entwicklungstendenzen beigetragen hat.

So hat das Jahr 2007 für die Grünen auch überraschende Erkenntnisse und wirklichen Fortschritt gebracht: bei den Grünen ist Vorne nicht unbedingt mehr mit Oben gleichzusetzen, ein Wechsel vom Ein- zum Mehr-Generationen-Projekt zeichnet sich ab und die Partei ist weit mehr als nur die in der Mediendemokratie fokussierte „Führung“. Das Pressejahr 2007 endet für die Grünen schließlich mit einem Kommentar Franz Walters in der Jahreschronik des *Spiegel*, den sich die Partei durchaus zu Herzen nehmen sollte, um ihren Weg in die „Herzkammer der Republik“ zurückzufinden:

„Die Grünen standen und stehen tatsächlich in der Opposition, im Bund und in weiteren 15 Bundesländern. Das Ausmaß an Opposition ist kaum zu übertreffen. Doch hat nicht der frisch entdeckte Parteitagsagitator aus dem Ruhrgebiet die Grünen in diese Rolle gedrängt, sondern – formulieren wir es pathetisch – der Souverän, der Bürger, die Wähler. Zion erinnert die Grünen im Grunde nur daran, dass ihnen die Funktion zugefallen ist, die in parlamentarischen Demokratien denjenigen Parteien obliegt, welche im Parteienwettbewerb unterliegen und deshalb an der Regierungsmacht nicht beteiligt sind: eben denen der Opposition. Insofern steht das Göttinger Spektakel auch gar nicht für einen neuerlichen Illusionismus der Grünen. Die Interpretation von

Göttingen spiegelt vielmehr eine bislang wenig bemerkte Veränderung in der politischen Kultur hierzulande. Opposition gilt kaum mehr als ehrenhaft, gilt nicht als wichtig für die Demokratie, als konstitutives Korrektiv, als freiheitswahrende Kontrolle, als Ort alternativer Überlegungen und Entwürfe. (...) Und es muss den Grünen nicht zwangsläufig schaden. Denn die schwierige Melange von Heterogenitäten gehörte zum historischen Wesen der Partei und ihrer Anhänger. Unbedingte Friedfertigkeit und entschlossener Menschenrechtsschutz, Antimilitarismus und die Sicherheit von Minderheiten, Professionalismus oben und Basisdemokratie unten, kollektive Verantwortung und individuelle Freiheit, Askese und Lebensfreude – nie ging das alles durch eine klärende Formel oder die Autorität eines Übervaters symbiotisch glücklich zusammen. Immer blieben Inkompatibilitäten und Ungleichzeitigkeiten. Doch entsprach es eben der gesellschaftlichen und politischen Komplexität. Und angesichts einer durchaus intelligenten Anhängerschaft hat in der offenen Diskussion dieser Komplexität stets auch eine beachtliche Chance für die Grünen gelegen.“⁹

Die Chance für die Grünen heute liegt in der Krise des Systems, in einer *ziellosen Republik*:

„Die Heilsbegriffe der Eliten sind hundertmal skandiert worden: weniger Staat, mehr private Vorsorge des Einzelnen für Gesundheit, Alterssicherung sozialen Schutz, für die Bildung und die eigene berufliche Biographie. Es ist bemerkenswert, wie zäh eine Majorität der Bundesbürger sich indes weigert, ihren sozialen Avantgardisten auf diesem Weg in das Markt- und Individualitätsnirwana zu folgen. Doch weiß die gleiche gesellschaftliche Mehrheit auch nicht so recht, wohin es stattdessen gehen sollte. In die angelsächsische Richtung will man partout nicht; doch zu skandinavischen Ufern bricht auch niemand ernsthaft auf, da die steuerliche Abgabenlast und der öffentliche Regelungsanspruch dort zu sehr erschrecken. (...) Zum Ende des Jahrzehnts jedenfalls wird die Partei, werden diejenigen politischen Begabungen die Nase vorn haben, die zu Zielen, Normen, Begründungen, Werten

einige neue Begriffe und diskursprägende Reflexionen beizusteuern haben.“¹⁰

So gesehen ist der Beschluss von Nürnberg nicht wirklich eine verpasste, sondern nur eine aufgeschobene Chance, eher der Beginn eines neuen Weges, auf dem die Parteibasis zum ersten Mal mit dem Grundeinkommen ein neues politisches Ziel in der ziellosen Republik breiter in die mediale Öffentlichkeit getragen hat.

Epochenwende

Als der Parteivorsitzende Reinhard Bütikofer auf dem Parteitag in Nürnberg gegenüber den Medien bezüglich Hartz IV noch von der „gestiegenen Beschäftigungswirksamkeit des Wachstums“ sprach, hätte diese Aussage auch von jedem Parteivorsitzenden jeder Altpartei in der Republik stammen können. Es ist das Mantra der Politik in diesem Land – und als technokratisch verwaltete Lebenslüge der gesellschaftspolitische Offenbarungseid des politischen Mainstreams seit Jahrzehnten.

Denn heute sind in Westeuropa ca. 35 Millionen Menschen erwerbslos, weltweit 830 Millionen, fast ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung auf dem Erdball. Zählt man noch die Unterbeschäftigten hinzu, so betrug die Zahl bereits 2001 weltweit über 1 Milliarde, Tendenz steigend. Nach einer Studie der US-Firma *Alliance Capital Management* vom November 2003 sank die Beschäftigungsrate zwischen 1995 und 2002 in jedem Jahr und jeder Region der Erde um durchschnittlich 16 Prozent und dies bei gleichzeitigem Ansteigen der industriellen Gesamtproduktion um 30 Prozent. In den 20 größten Volkswirtschaften der Erde sind zwischen 1995 und 2002 31 Millionen Arbeitsplätze in der Produktion abgebaut worden.¹¹ Zugleich findet nicht weniger als eine

Epochenwende statt: Im Jahr 2006 überstieg die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor weltweit erstmals die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen.

In Deutschland wurde das Festhalten an den normativen Setzungen der industriegesellschaftlichen Lohnerwerbsgesellschaft teuer mit den Hartz-Gesetzen erkaufte, der administrativ durchgesetzten Massenarmut und *working poor*. Auf der Grundlage etwa der vom statistischen Amt der Europäischen Union berechneten Lohnarmutsgrenze von 50 Prozent des durchschnittlichen Vollzeiteinkommens eines Landes, getrennt für das unterschiedliche Lohnniveau in Ost und West berechnet, kommt man dann auf etwa 3,4 Millionen Beschäftigte, die heute unterhalb der Schwelle der Lohnarmut arbeiten. Desweiteren lebten nach einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vor den Hartz-IV-Reformen rund die Hälfte der Leistungsempfänger unter der Armutsgrenze – nach den Reformen sind es zwei Drittel.¹²

Auch die Nettolohnquote hat inzwischen ein historisches Tief erreicht. Die Löhne machten trotz Aufschwung im ersten Halbjahr 2007 nur noch 38,8 Prozent des privat verfügbaren Volkseinkommens aus. Schon im Jahre 2006 hatte diese Quote bei nur noch 40,5 Prozent gelegen. Zum Vergleich: Im Jahr 1960 erreichte die Quote knapp 56 Prozent.¹³ Im 14-Jahresvergleich zwischen September 1993 und September 2007 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 1.362.953 zurückgegangen. Und in Umfragen geben nur noch 39 Prozent der Befragten die eigene Berufstätigkeit als die wichtigste Unterhaltsquelle an. Nach André Gorz sind heute schon

„50 (in manchen Ländern 60) Prozent der Einkommen von jeder Arbeit unabhängige Sozialeinkommen. Das garantierte Mindesteinkommen wird gar nicht zu umgehen sein. Ohne es wird kaum

jemand die produzierten Reichtümer kaufen können, weil niemand oder fast niemand bezahlt worden sein wird, um sie zu produzieren. Die Forderung nach einem ausreichenden Grundeinkommen hat schon heute einen, sagen wir, ‚heuristischen‘ Wert: Sie zeigt die Richtung, auf die die aktuelle Entwicklung hinsteuert.“¹⁴

Wenn also die Forderung nach einem Grundeinkommen bereits einen „heuristischen“ Wert annimmt, also den Wert einer wahren, Zusammenhänge erschließenden Aussage in einer komplexen Entwicklung der Transformation der Arbeitsgesellschaft, was hat es dann zu bedeuten, wenn die Politik nach wie vor „Lohnarbeit“ rein normativ, also jenseits der realen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen definiert? Oder, wieder mit André Gorz gefragt:

„Wohin führt aber ein politischer Diskurs und eine Politik, die den Menschen einredet, das als für alle unentbehrlich anzusehen, was nur noch immer weniger zugänglich ist? Was bewirkt eine Politik, die Erwerbsarbeitsfähigkeit auf Kosten von Mußfähigkeit und Ausbildung auf Kosten von Bildung fördert, obwohl die Ökonomie immer weniger Arbeit braucht und immer mehr Zeit freisetzt?“¹⁵

Solch eine Politik wird zum Agens von „Verfall und Entzivilisierung der Gesellschaft.“¹⁶ Sie wird umso mehr vom „Wert der Lohnarbeit“ reden müssen, je mehr diese an Bedeutung verliert; sie wird umso hartnäckiger das „Ziel der Vollbeschäftigung“ propagieren, je unerreichbarer dieses wird; sie wird umso autoritärer den Mythos des „sozialen Bandes durch Normarbeit“ aufrecht erhalten, je mehr sich dieser Mythos entzaubert; sie wird umso unverfrorener ihre Problemlösungskompetenzen vorspiegeln, je realitätsferner ihre Wahrnehmung der Probleme wird.

Die Krise der Politik heute ist eine Krise ihrer überkommenen Ziele, Normen und Begründungen. Gegenwärtig flüchten sich die Parteien, eigentlich die wichtigsten Träger der politischen Willensbildung in diesem Land, programmatisch in die Sicherheit der vermuteten Werte ihrer Wählermilieus. Vor allem die beiden „Volksparteien“ buhlen so um eine fiktive, weitestgehend materialistisch konstruierte „Mitte der Gesellschaft“, wie wenn es darum ginge, um jeden Preis einen festen Haltepunkt im Verfall der alten Arbeitsgesellschaft und ihrer sozialen Sicherungssysteme zu finden. Beiden Parteien fehlt eine politische Agenda für die Gesamtrepublik, beide reden unentwegt von „Werten“, ohne auch nur den Ansatz eines Sensoriums für die Gesellschaft zu entwickeln, das eine Sensibilität für die neu, aus einem grundlegenden Umbruch der Arbeits-, Produktions- und Lebensformen entstehenden Werte hervorbringen könnte. Neue Denkansätze, wie die des leider verstorbenen Peter Glotz, der seine 1999 erschienene Studie über die „beschleunigte Gesellschaft“ mit der Feststellung begann: „Kein Zweifel, es entsteht eine neue Welt“¹⁷, waren und bleiben da die Ausnahme.

Hartz und Zeit

Ausgehend vom bereits erwähnten heuristischen Wert der Forderung nach einem „Grundeinkommen für alle“ wird sicher vieles an den gegenwärtigen Umbrüchen verständlicher, sie erklären sich gewissermaßen von ihrem Lösungsansatz, einer noch nicht eingetretenen utopischen Notwendigkeit her. Die Ursachen jedoch für die Notwendigkeit eines vollkommen neuen Arbeits- und Sozialstaatsparadigmas sind komplex und vielschichtig. Sie reichen von der Verschiebung der Knappheitsverhältnisse von Arbeit und Kapital zugunsten des Kapitals und der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung, über die bekannten Phänomene der Rationalisierung der Arbeitsprozesse und der ständig weiter auseinander

klaffenden Produktions-Produktivitätsschere¹⁸, bis zum tiefgreifenden Wandel dessen, was heute überhaupt unter „Arbeit“ zu verstehen ist.

Gerade aber der Wandel des Arbeitsbegriffs findet in den bestimmenden politischen Diskursen heute so gut wie nicht statt. In unserer zunehmend wissens- und dienstleistungsba- sierten Ökonomie ist die eigentlich wertschöpfende Arbeit je- doch weitestgehend immateriell geworden, d. h. auch, in den klassischen industriegesellschaftlichen Kategorien nicht mehr messbar. Damit ist das Wertgesetz der Arbeit und damit die fordistische Lohnpolitik im Prinzip außer Kraft gesetzt, die Mechanismen der Mengenanpassung über die Primärverteil- ung am Arbeitsmarkt laufen aus dem Ruder. Treten Kommu- nikation, konzeptionelle Tätigkeiten, Distribution, affektive und informelle Arbeit in der gesamten Wertschöpfungskette in den Vordergrund, wird die Wertschöpfung diffus. Arbeit wird somit gesellschaftlich (ebenso wie die Abschöpfung des Mehrwerts) und zunehmend, weil nicht messbar, unterbe- zahlt oder gar unbezahlt. Materielle Tätigkeiten, zwar quanti- tativ in der Mehrheit aber nicht mehr die hegemoniale Form der Arbeit, werden an den Rand des Produktionsprozesses ge- drängt oder ausgelagert.

So gesehen können die „Gesetze für modernen Dienstleist- ungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz I-IV) als letzter Versuch einer fordistischen – bei der herausragenden Rolle, die der VW- Personalchef Peter Hartz dabei in Deutschland gespielt hat, auch VW-istisch zu nennenden – Gesellschaft, bzw. ihrer Funktionseliten angesehen werden, eine alten, zusammen- fallenden Arbeitsbegriff über den Staat zu rekonstruieren. Begründet wurden die Reformen weitestgehend mit normati- ven Imperativen: „Sozial ist was Arbeit schafft“, „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, „Jede Arbeit ist besser als kei- ne Arbeit“, oder auch, wie im Schröder-Blair-Papier ur-

sprünglich formuliert: „Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit“.¹⁹

Workfare statt *welfare*, in der Bundesrepublik unter den Schlagwörtern „Vorfahrt für Arbeit“, bzw. „Fordern und Fördern“ firmierend, ist ein zutiefst konservatives, autoritäres Konzept, das das Disziplinarregime des überkommenen Fordismus quasi künstlich am Leben erhält und in die gesamte Gesellschaft einpflanzt. Kern- und Angelpunkt dieses sogenannten „aktivierenden Sozialstaates“ ist nicht etwa die Höhe des Regelsatzes, sondern die weitestgehende Enteignung der Zeitsouveränität des Menschen, indem behauptet wird:

„Wenn es noch Arbeitslose geben würde, dann lediglich aufgrund der ungenügenden Verkaufbarkeit ihrer Kompetenzen – ihrer ungenügenden ‚employability‘. Es obliegt ihnen, diese wiederherzustellen. Zu dieser Wiederherstellung sollen die Auszeiten, Unterbrechungen und Diskontinuitäten des Arbeitsverhältnisses sowie die zunehmende ‚Freizeit‘ dienen. Das *workfare* in der Blair’schen Version, die schließlich auch auf andere Länder übergreifen hat, schafft das Arbeitslosengeld [in Deutschland die Arbeitslosenhilfe, Anm. d. Verf.] ab, verwandelt es in ‚Arbeitsuchunterstützung‘ und fasst die Arbeitssuche als die ‚Arbeit‘ auf, die der Arbeitslose pflichtgemäß und eifrig zu leisten hat. Dazu gehört auch, dass er besser zu vermarktende Kompetenzen erwirbt als die, die er besitzt. Die Produktion seiner selbst wird zu einem ‚Job‘ wie jeder andere. Die Mobilmachung des ganzen Menschen als ‚Arbeitsmenschen‘ wird auf diese Weise auch staatlich gefördert. Ihr Erfolg in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Prekarität und Diskontinuität der Erwerbsarbeit ist allerdings gering. Kein Wunder: Ihr Hauptzweck ist es ja (...), den Menschen einzureden, dass sie selbst an ihrer Arbeitslosigkeit schuld sind – ja, dass sie selbst, um ihre Selbstachtung zu bewahren, einen Arbeitsplatz brauchen, ihn aber nicht zu verdienen wissen.“²⁰

In der Regel wird diese Enteignung der Zeitsouveränität durch moralisch aufgeladene Verdikte begründet. So mag vielleicht die Wortwahl Oswald Metzgers vor Nürnberg, viele Sozialhilfeempfänger sähen „ihren Lebenssinn darin, Kohlenhydrate oder Alkohol in sich hineinzustopfen, vor dem Fernseher zu sitzen und das Gleiche den eigenen Kindern ange-deihen zu lassen“²¹, Anstoß erregt haben, die eigentliche Aussage Metzgers wird aber von nahezu allen, auch grünen Befürwortern des *workfare* statt *welfare* geteilt: Jenseits der (Selbst-)Aktivierung für abhängige Lohnarbeit, wie geringfügig diese auch immer ausfallen mag, kann oder darf es keine Vergesellschaftung geben.

Möglich sind solche reaktionären Tendenzen nur auf der Grundlage der Krise der althergebrachten politischen Normen und Begründungen in der ziellosen Republik, ihrer Utopielosigkeit. Sie entwachsen einem entpolitisierten Verwaltungsdenken, das die derzeit entstehenden Widersprüche im Wandel der Arbeit nicht mehr in gesellschaftliche Ziele auflösen kann. Denn fällt das Wertgesetz, wonach der Wert einer Ware durch die darin verkörperte Arbeitszeit bestimmt ist, in sich zusammen, d. h. wird der Mehrwert in der wissens- und dienstleistungsbasierten Ökonomie heute tatsächlich immateriell und in nicht mehr individuell zuzuordnenden Kommunikations- und Produktionsnetzwerken erzeugt, dann wird die Krise der Arbeitsgesellschaft zur Sinnkrise des gesamten sozialen Fundaments der Gesellschaft schlechthin, weil: „Die Arbeitszeit bleibt *geltende* Maßeinheit, doch sie ist nicht mehr *wahr*.“²² Diese Feststellung des Philosophen Paolo Virno wird zur allgemeinen Grundwahrnehmung der Menschen von Politik seit den Arbeitsmarktreformen: Die normativ begründeten Regelungen und Gesetze des „aktivierenden Sozialstaates“ mögen gelten, gar tiefgreifende Eingriffe in das eigene Leben bedeuten, sie sind aber für die Menschen – und dies in einem

sehr existentiellen, weil lebensprägendem Sinn – nicht mehr wahr.

Gerade hierin aber, in der Diskrepanz von Politik auf der Grundlage unwahrer Normensetzungen und den wahren Lebensverhältnissen, liegt die Chance zur Repolitisierung, zweifellos auch die bisher größte Herausforderung für die Überlebens- und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie. Parteien, die diese Entwicklung jetzt nicht erkennen, werden mit absoluter Sicherheit um ihre eigene Überlebensfähigkeit kämpfen müssen. Sie werden sich von jenen von Franz Walter angeführten „Heilsbegriffen der Eliten“ lösen und die zähe Weigerung der „Majorität der Bundesbürger“ zur Kenntnis nehmen müssen, „ihren sozialen Avantgardisten auf diesem Weg in das Markt- und Individualitätsnirwana zu folgen“. Die notwendige Rekonstruktion des sozialen Fundaments unserer Gesellschaft kann aber nur von unten her erfolgen, von deren Basis her.

Die Grünen, der autoritäre und der emanzipatorische Sozialstaat

Auch bei den Grünen hat sich die Forderung nach einem Grundeinkommen – und dies in erstaunlich kurzer Zeit – von der Basis her (wieder) durchgesetzt. Veranstaltungen zum Thema in den Kreisverbänden sind regelmäßig die am besten besuchten seit Jahren. In einem Zeitraum von nur anderthalb Jahren haben der Bundesverband der Grünen Jugend, fünf Landesverbände der Grünen Jugend²³ und vier Landesverbände der Partei²⁴ Beschlüsse zum Grundeinkommen gefasst. Mit dem mit 40 Prozent nur knapp unterlegenden Antrag des Baden-Württembergischen Landesverbandes auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg, ist zudem die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels klar formuliert und eine Rückkehr zur ureigensten Funktion der Grünen im bundesdeut-

schen Parteienspektrum eingefordert worden, denn darin heißt es, die Grünen müssen

„auf den Wandel in der Erwerbsarbeit und den damit verbundenen Umbrüchen in der Sozialpolitik reagieren. Wir Grünen haben oft sensibler als andere auf Signale aus der Gesellschaft reagiert und den Mut aufgebracht, innovative und zukunftssträchtige Politikansätze zu formulieren und fordern deshalb einen neuen Aufbruch in der Sozialpolitik.“²⁵

Auch eine andere Normensetzung jenseits von *new labour* hat sich im Beschluss von Baden-Württemberg wieder Bahn gebrochen, ein eher emanzipatorischer als autoritärer Sozialstaatsimperativ:

„Nur wer Menschen zutraut, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und ihnen die notwendige Freiheit dazu gibt, schafft Potenziale für Kreativität und Räume für zukunftsfähige Entwicklungen. Damit schlagen wir GRÜNE eine Abkehr vom ‚Fordern und Fördern‘ vor, wie es Hartz IV zugrunde liegt, denn ‚Fordern‘ bedeutet in der Regel auch Bevormundung. Stattdessen machen wir uns dafür stark, mit einem bedingungslosen Grundeinkommen die materielle Basis für eine Existenzsicherung zu schaffen und diese mit Beratungs- und Bildungsangeboten sowie bedarfsabhängigen Leistungen – etwa für besondere Lebenslagen – zu ergänzen. Solidarität heißt, keinen Menschen mit seinen Problemen alleine zu lassen. Solidarität ohne Bevormundung heißt, allen die Freiheit zu geben, selbst darüber zu entscheiden, ob und welche Hilfsangebote sie annehmen möchten. Diese freie Entscheidung ist nur möglich, wenn Hilfe nicht mit möglicherweise Existenz bedrohenden Sanktionen verbunden ist. Eine Gesellschaft, die Solidarität und Freiheit verknüpfen möchte, braucht daher ein Grundeinkommen, und ergänzt dieses um Bildungschancen und freiwillige Beratungs-, Betreuungs- und Integrationsangebote.“²⁶

Die Frage, wie es nun mit den Grünen und dem Grundeinkommen weiter geht, beantwortet sich aus der Ziellosigkeit der gegenwärtigen Republik, den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und den aus der Partei immer lauter erhobenen Forderungen gewissermaßen von selbst. Nach der Regierungszeit hat sich vor allem die Basis zunehmend repolitisiert und damit die Verantwortung für die Gesamtpartei übernommen. Es ist eben ein Mythos, dass der mit der Agenda 2010 geschaffene autoritäre Sozialstaatsimperativ nur gegen den Widerstand der damaligen Spitzen-Grünen durchgesetzt werden konnte. Bereits in seinem noch vor der Regierungsübernahme durch Rot-Grün und auch dem Schröder-Blair-Papier erschienenen programmatischen Buch „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag“ von 1998 schrieb Joschka Fischer: „Deshalb ist ein Übergang von der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer existenzsichernden Grundsicherung unabweisbar. Freilich wird in einem Grundsicherungssystem *ein ganz anderer Druck zur individuellen Eigeninitiative auf die Leistungsbezieher* [Herv. d. Verf.] ausgehen.“²⁷ Innerhalb der Partei, und auch in ihren zunehmend konkreter werdenden Forderungen nach einem emanzipatorischen Sozialstaat, verlangt die Parteibasis nun aber immer vehementer *politische* Antworten auf den Umbruch der Arbeitsgesellschaft, anstatt den seit Jahren propagierten technokratischen.

Wohin der Weg der innerparteilichen Entwicklung der Grünen und ihrer weiteren arbeits- und sozialpolitischen Zielsetzung gehen wird, hat die Thüringische Landesvorsitzende und das Mitglied des Bundesvorstandes Astrid Rothe-Beinlich vorgezeichnet, mit einer in der politischen Kultur dieses Landes und angesichts der von ihr geschaffenen sozialen Verhältnisse fast schon vergessenen Forderung: „Kern aller Freiheit ist auch die, NEIN zu sagen.“²⁸ Hierin, in ihrem normativen Menschenbild, das sich von DIE LINKE bis zur FDP in keiner anderen Partei findet, liegt die eigentliche Unterscheidbarkeit

und auch die neue Chance der Grünen, zu sich selbst und in die „Herzkammer der Republik“ zurückzukehren. Denn im Gegensatz zu den den Menschen enteignenden Imperativen des gegenwärtigen Sozialstaates, ist dieser Wert in der Lebenswirklichkeit der Menschen nach wie vor sowohl *gültig* als auch *wahr*.

Anmerkungen:

¹ Michael Jäger: Bloß nicht die Geister rufen, die schon Hartz IV brachten, in: *Freitag* 48, 30.11.2007.

² Dany Cohn-Bendit: Fataler symbolischer Beschluss des Grünen Parteitages, Blog aus dem Europäischen Parlament in Brüssel, 24. September 2007, <http://www.cohn-bendit.de/dcb2006/fe/pub/de/meditahek/podcast>.

³ Franz Walter: Warum Politiker so gern von der „Baustelle Deutschland“ sprechen, in: *Spiegel-online*, 09.12.2007, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,522214,00.html>.

⁴ Thomas Wels / Lutz Heuken: Nicht mehr ganz grün, in: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 27.11.2007, <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2007/11/27/news-7313894/detail.html>.

⁵ Monika Kappus: Ohne Eklat, ohne Esprit, in: *Frankfurter Rundschau*, 26.11.2007, http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1248389.

⁶ Antje Vollmer: Eingewandert ins eigene Land. Was von Rot-Grün bleibt, München 2006, S. 132.

⁷ Stephan Löwenstein: Das geenterte Schiff nimmt Kurs nach links, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.11.2007.

⁸ Vgl.: Die Republik rückt nach links, in: *Spiegel-online*, 20.05.2007, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,483739,00.html>.

⁹ Franz Walter: Donquichotterie in Göttingen, in: *Der Spiegel*, Jahreschronik 07, Dezember 2007.

¹⁰ Franz Walter: Die ziellose Republik, a. a. O., S. 10ff.

¹¹ Vgl.: Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a. M. 2005, S. 20.

¹² Vgl.: Ulrike Herrmann: Ärmer durch Hartz IV, in: *taz*, 13.12.2007.

¹³ Vgl.: Barbara Dribbusch: Einkommensschere öffnet sich, in: *taz*, 30.11.2007.

¹⁴ André Gorz: Die verwendete Zeit wird nicht mehr die Zeit der Verwendung sein, a. a. O.

¹⁵ André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt a. M. 2000, S. 83.

¹⁶ André Gorz: Wissen, Wert und Kapital, a. a. O., S. 77.

¹⁷ Peter Glotz: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, Reinbek 2001, S. 9.

¹⁸ D.h. einer gegenüber dem Wirtschaftswachstum wesentlich höher gestiegenen Produktivität.

¹⁹ Vgl.: Gerhard Schröder / Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, a. a. O.

²⁰ André Gorz: Wissen, Wert und Kapital, a. a. O., S. 33.

²¹ Vgl.: Yassin Musharbash: Grüne rechnen mit Metzger ab, in: *Spiegel-online*, 24.11.2007, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,519433,00.html>.

²² Paolo Virno: Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen, a. a. O., S. 114.

²³ Schleswig-Holstein, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz.

²⁴ Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen und Schleswig-Holstein.

²⁵ Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen. Der Weg zu einem grünen Grundeinkommen – eine solidarische und freiheitliche Zukunft gestalten. Antrag der LDK Baden-Württemberg auf der 27. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 23.-25. November 2007 in Nürnberg, <http://www.robert-zion.de/downloads/Z02.pdf>, S. 1.

²⁶ Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen, a. a. O., S. 2.

²⁷ Joschka Fischer: Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution, Köln 1998, S. 267.

²⁸ Astrid Rothe-Beinlich: Anforderungen an Eigenständige Existen-zsicherung aus frauenpolitischer Perspektive, a. a. O